

## Nationalrat sagt klar Ja zum Warnsystem

Das Parlament macht Druck und will die Einführung eines nationalen Entführungsalarms vorantreiben. Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf sagte, ein solches Alarmsystem stehe bis Ende Jahr bereit. Der Nationalrat überwies gestern stillschweigend eine parlamentarische Initiative von Ständerat Didier Burkhalter (FDP, NE) und schloss sich damit der kleinen Kammer an. Der Vorstoss forderte eine Partnervereinbarung als Grundlage für den Entführungsalarm. Im Grundsatz geregelt werden soll darin die Zusammenarbeit der Beteiligten - etwa Kantone, Medien, Transportunternehmen, Telefongesellschaften und Opferverbände. Entführungsmeldungen sollen über verschiedene Kanäle möglichst schnell landesweit verbreitet werden.

## Heikler Punkt Datenschutz

Die Rechtskommission hatte die Motion unterstützt. In 91 Prozent der Entführungsfälle werde das Opfer innerhalb von 24 Stunden getötet, in 44 Prozent gar in der ersten Stunde nach der Entführung, sagte Sprecherin Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH). «Darum muss rasch gehandelt werden.» Noch seien Fragen offen, etwa wie und wann ein Alarm ausgelöst werden müsste. Zu klären ist laut Federer auch, ob das System auch angewendet werden soll, wenn Erwachsene Opfer von mutmasslichen Entführungen sind. Heikle Fragen gebe der Datenschutz auf.

Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf berichtete, dass sich Bund und Kantone Anfang April geeinigt hätten, vor Ende Jahr ein Alarmsystem bereitzustellen. Zunächst könnte dieses bei Entführungen von Minderjährigen eingesetzt werden. Grundlage sei eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Kantonen. Auf diesem Weg komme man schneller voran als über ein neues Gesetz, führte Widmer-Schlumpf aus. Noch gebe es allerdings einige Details zu klären. «Ich bin aber zuversichtlich, dass wir mit den Kantonen eine gute Lösung finden werden.»

Noch im Februar hatte der Bundesrat die Motion mit der Begründung bekämpft, die Arbeiten für das Alarmsystem seien im Gang und würden voraussichtlich 2010 abgeschlossen. Die Kantone von der Aufgabe zu entbinden, wäre «kontraproduktiv» und würde den Grundsatz des kantonalen Hoheitsrechts verletzen. Der Ständerat hatte die Motion in der Frühjahrssession mit nur einer Gegenstimme unterstützt. Nur wenige Tage zuvor hatte ein 25-jähriger Mann im Aargau ein 16-jähriges Au-Pair-Mädchen aus dem Kanton Freiburg in seine Wohnung gelockt und getötet.

## Fall Ylenia als Auslöser

Den Anstoss für die Forderung nach einem Alarmsystem gab die Entführung der fünfeinhalbjährigen Ylenia am 31. Juli 2007 in Appenzell. Gestützt auf zwei Motionen aus dem Parlament hatten der Bundesrat und die zuständigen Stellen der Kantone die Arbeit für das Alarmsystem aufgenommen.

Im Juli 2008 doppelte die Westschweizer Stiftung für die Auffindung von vermissten Kindern (FREDI) nach. Sie deponierte bei der Bundeskanzlei eine Petition mit 32 500 Unterschriften, worin sie sich für die rasche Schaffung eines nationalen Alarmsystems stark machte. (sda)